

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Abkürzungsverzeichnis	23
Literaturverzeichnis	27
Bearbeiterverzeichnis	27
§ 1 Eherecht	29
A. Ehescheidung	29
I. Allgemeines	29
II. Ehescheidung bei Trennungszeit von unter einem Jahr	30
III. Ehescheidung bei einer Trennungszeit von 1 bis 3 Jahren	31
1. Einverständliche Ehescheidung	31
2. Nicht einverständliche Ehescheidung	32
IV. Trennungszeit länger als 3 Jahre	32
V. Härteklausele des § 1568 BGB	32
VI. Verfahrensrechtliches	33
B. Aufhebung der Ehe gemäß §§ 1313 ff. BGB	34
§ 2 Die Veranlagung von Ehegatten zur Einkommensteuer	35
A. Wesentliche Tatbestandsmerkmale	35
I. Ehegatten	35
II. Nicht dauernd getrennt lebend	36
1. Definition	36
2. Versöhnungsversuch	37
3. Feststellungslast	37
4. Feststellungen des Scheidungsverfahrens	37
5. Berührungspunkt mit dem Steuerstrafrecht	38
III. Einzelveranlagung	38
B. Die Wahl der Veranlagungsart	38
I. Verfahrensrecht	38
1. Mehrere Eheschließungen in einem Kalenderjahr	39
2. Zeitliche Ausübung des Wahlrechts	39
II. Die Zusammenveranlagung	39
1. Berechnungsgrundlagen	39
2. Verlustabzug	40
3. Zivilrechtlicher Anspruch auf Steuererstattungen	40
4. Gesonderte Feststellung	40
5. Zivilrechtlicher Anspruch auf Zusammenveranlagung	41
a) Ersatz der Zustimmung durch das Gericht	41
b) Zweifel am Vorliegen der Voraussetzungen der Zusammenveranlagung	41
c) Nachteilsausgleich	42

	d) Schadensersatz bei rechtswidriger Verweigerung	42
	e) Keine nachträgliche Korrektur aufgrund der Steuerklassenwahl	42
	6. Die Bekanntgabe von Steuerbescheiden	43
	7. Mitwirkungspflichten bei der Veranlagung des Ehegatten	43
	8. Steuerhinterziehung eines Ehegatten im Rahmen der Zusammenveranlagung	43
	a) Pflicht zur Abgabe einer gemeinsamen Einkommensteuererklärung	44
	b) Kenntnis von der strafbaren Steuerhinterziehung des anderen Ehegatten	44
	c) Keine Haftung nach § 71 i.V.m. § 370 Abs. 1 Nr. 2 AO	44
	d) Eigene Beteiligung an der Tat des Ehegatten	45
	9. Die Lohnsteuerklassenwahl bei Ehegatten	45
	10. Witwensplitting	45
	III. Die getrennte Veranlagung	45
	1. Berechnungsgrundlagen	46
	2. Vorteile	46
	3. Verlustabzug	47
	4. Schikaneverbot	47
	IV. Die besondere Veranlagung im Veranlagungszeitraum der Eheschließung	48
	1. Grundlagen	48
	2. Versöhnungsversuch	48
	3. Vorteile	48
§ 3	Kindschaftsrecht	49
	A. Abstammung	49
	B. Elterliche Sorge	49
	I. Vorbemerkungen	49
	II. Entstehen des Sorgerechtes	50
	III. Änderungen des Sorgerechtes	50
	1. Bei Trennung und Scheidung	50
	2. Während des Zusammenlebens der Eltern	51
	IV. Inhalt des Sorgerechtes	51
	1. Personensorge	51
	2. Vermögenssorge	52
	V. Verfahrensrechtliches	52
§ 4	Kinder im Steuerrecht	54
	A. Der Begriff des Kindes	54
	I. Leibliche Kinder und Adoptivkinder	54
	II. Pflegekinder	54
	III. Stiefkinder	55
	1. Kinderfreibetrag	55
	2. Kindergeld	55
	IV. Altersbedingte Berücksichtigung des Kindes	55
	1. Kinder bis zum 18. Lebensjahr	55

2. Kinder ab vollendetem 18. Lebensjahr und vor Vollendung des 21. Lebensjahrs	55
3. Kinder ab Vollendung des 21. Lebensjahrs	56
a) Neuregelung ab 2007	56
b) Übergangsregelung	56
4. Verheiratete Kinder	56
V. Monatsprinzip	57
VI. Eigene Einkünfte und Bezüge des Kindes	57
1. Grundsatz	57
2. Einkunftsverzicht	57
3. Zeitliche Zuordnung von Einkünften und Bezügen	57
4. Besondere Ausbildungszwecke	57
5. Einkünfte und Bezüge bei behinderten Kindern	58
a) Nachweis der tatsächlichen Kosten	58
b) Schätzung	58
c) Berücksichtigung von Blindengeld	58
B. Kindergeld	59
I. Anspruchsberechtigte	59
1. Unbeschränkt Steuerpflichtige	59
2. Ausländer	59
3. Juristische Personen	59
II. Haushaltszugehörigkeit nicht leiblicher Kinder	60
III. Antrag	60
IV. Höhe	60
1. Grundsatz	60
2. Berücksichtigung der Krankenversicherungsbeiträge	60
V. Auszahlung	60
1. Zuständigkeit und Dauer	61
2. Verbot der Doppelzahlung	61
a) Obhutsprinzip	61
b) Gemeinsamer Haushalt	61
c) Keine Haushaltszugehörigkeit	61
VI. Rechtsmittel	61
C. Kinderfreibetrag	62
I. Grundlagen	62
II. Alternativwahlrecht zwischen Kindergeld oder Kinderfreibetrag	62
III. Günstigerprüfung von Amts wegen	62
IV. Teilung und Übertragung des Kinderfreibetrags	63
1. Aufteilung des Kinderfreibetrags	63
2. Übertragung des vollen Kinderfreibetrags auf einen Elternteil	63
3. Übertragung auf Groß- oder Stiefeltern	64
D. Ausbildungsfreibetrag	64
1. Volljährigkeit	64
2. Berufsausbildung	64
3. Auswärtige Unterbringung	64
4. Anspruch auf Kinderfreibetrag oder Kindergeld	65

5. Anrechnung eigener Einkünfte und Bezüge	65
6. Aufteilung des Ausbildungsfreibetrags	65
E. Übertragung des Behindertenpauschbetrages auf Eltern	65
F. Kinderbetreuungskosten	66
I. Gesetzliche Neuregelung ab 2006	66
1. Betriebsausgaben	66
2. Werbungskosten	66
3. Sonderausgaben	66
II. Umfang der Kinderbetreuungskosten	67
III. Erwerbsbedingt	67
IV. Abzug als Betriebsausgaben oder Werbungskosten	67
V. Betragsbegrenzung auf 4.000 Euro	68
VI. Rechnung und Überweisung	68
VII. Kinderbetreuung im Rahmen haushaltsnaher Beschäftigungsverhältnisse	69
VIII. Verträge mit nahen Angehörigen über die Betreuung von Kindern	69
IX. Sonderausgaben, wenn keine Erwerbsbedingtheit vorliegt	69
X. Außergewöhnliche Belastung	70
G. Das Elterngeld ab 2007	70
I. Anspruchsberechtigung	70
II. Anspruchshöhe	71
1. Bemessungsgrundlage	71
a) Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	71
b) Einkünfte aus Gewinneinkunftsarten	71
c) Verlustverrechnung	72
d) Verfahren	72
2. Berechnung	72
3. Mindestens 300 Euro	73
4. Erhöhung des Elterngeldes für Geringverdiener	73
5. Mehrlingsgeburten	74
6. Geschwisterbonus	74
7. Erwerbstätigkeit während des Anspruchszeitraums	75
a) Erlaubter Umfang	75
b) Anspruchskürzung	75
8. Bezug anderer Sozialleistungen während der Elternzeit	76
9. Antragsverfahren	76
10. Bezugszeitraum	77
a) Grundsatz	77
b) Ergänzung durch Partnerzeiten	77
c) Alleinerziehende	77
11. Besteuerung und Sozialversicherung	77
H. Entlastungsbetrag für Alleinerziehende	77
I. Keine Zusammenveranlagung	78
II. Keine Haushaltsgemeinschaft mit anderen volljährigen Personen	78
1. Grundsatz	78
2. Besonderheit: Eheähnliche Lebensgemeinschaften	79

	III. Haushaltszugehörigkeit des Kindes	79
	1. Inland	79
	2. Ausland	79
§ 5	Unterhalt	80
	A. Grundlagen	80
	I. Geltendes Recht	80
	II. Neues Recht	81
	B. Grundsätze der Einkommensermittlung	82
	I. Die Ermittlung des Einkommens der beteiligten Personen	82
	II. Unterhaltsrelevantes Einkommen	82
	1. Vorbemerkung	82
	2. Selbstständige Arbeit, Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft	82
	a) Privatanteil betrieblich bedingter Kosten	83
	b) Vorsteuer und gezahlte Umsatzsteuer	84
	c) Absetzung für Abnutzung (AfA)	84
	d) Investitionszulagen	85
	3. Nichtselbstständige Arbeit	85
	a) Alle Leistungen	85
	b) Sonderzahlungen	86
	c) Spesen	86
	d) Durch Wiederheirat bedingte Vorteile	87
	4. Kapitaleinkünfte	87
	5. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	88
	6. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	88
	7. Sonstige Einkünfte	89
	a) Einkünfte im Sinne des § 22 EStG	89
	b) Wohnwertvorteil	89
	c) Freiwillige Zahlungen Dritter	90
	d) Sozialleistungen	90
	e) Kindergeld	91
	8. Verwertung des Vermögens	91
	a) Beim Ehegattenunterhalt	91
	b) Beim Kindesunterhalt	92
	c) Beim Elternunterhalt	93
	III. Unterhaltsrelevante Abzüge vom Einkommen	93
	1. Vorbemerkungen	93
	2. Steuern	93
	3. Kranken- und Pflegeversicherung	94
	4. Altersvorsorge	94
	5. Arbeitslosenversicherung	95
	6. Umgangskosten	95
	7. Berufsbedingte Aufwendungen	95
	8. Einkünfte aus überobligatorischer (unzumutbarer) Tätigkeit	96
	a) Nach geltendem Recht	96
	b) Nach neuem Recht	96
	9. Kinderbetreuungskosten	96

10. Schulden	97
a) Bei Ehegattenunterhalt	97
b) Bei Kindesunterhalt	97
c) Verpflichtung zur Einleitung eines Insolvenzverfahrens mit Restschuldbefreiung gemäß §§ 286 ff. InsO	97
C. Ehegattenunterhalt	98
I. Trennungsunterhalt	98
1. Zeitliche Abgrenzung	98
2. Unterhaltstatbestand des § 1361 BGB	98
a) Geltendes Recht	98
b) Neues Recht	98
3. Höhe des Unterhaltsanspruchs	99
a) Vorwegabzug des Kindesunterhaltes	99
b) Elementar-, Alters- und Krankenvorsorgeunterhalt	99
c) Halbteilungsgrundsatz/ Quoten- und Bedarfsberechnung	100
d) Selbstbehalt/Mindestunterhalt	101
e) Berechnungsbeispiel	101
II. Nachehelicher Unterhalt	103
1. Allgemeines	103
2. Die einzelnen Unterhaltstatbestände	103
a) Unterhalt wegen Betreuung eines Kindes (§ 1570 BGB)	103
b) Unterhalts wegen Alters (§ 1571 BGB)	104
c) Unterhalt wegen Krankheit (§ 1572 BGB)	105
d) Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit (§ 1573 Abs. 1 BGB)	105
e) Aufstockungsunterhalt (§ 1573 Abs. 2 BGB)	107
f) Unterhalt wegen Wegfalls einer nicht nachhaltig gesicherten Erwerbstätigkeit (§ 1573 Abs. 4 BGB)	107
g) Ausbildungsunterhalt (§ 1575 BGB)	108
h) Unterhalt aus Billigkeitsgründen (§ 1576 BGB)	108
i) Ende und Wiederaufleben des Unterhaltsanspruches/ Erbenhaftung	109
III. Höhe des Unterhaltsanspruches	109
D. Kindesunterhalt	109
I. Allgemeines	109
II. Unterhaltsansprüche minderjähriger Kinder	109
1. Grundlage des Unterhaltsanspruches	109
2. Unterhaltshöhe/Mindestunterhalt/Sonderbedarf	110
a) Nach geltendem Recht	110
b) Nach neuem Recht	111
3. Anrechnung Kindergeld	112
a) Nach geltendem Recht	112
b) Nach neuem Recht	112
III. Unterhaltsansprüche des volljährigen Kindes	112
1. Zahlungspflicht beider Elternteile	112
2. Unterhaltshöhe und Quotenberechnung	113
a) Unterhaltsbedarf	113

3.	Maßgebliches Elterneinkommen	114
4.	Berechnung der Haftungsteile beider Eltern	114
5.	Recht der Unterhaltsbestimmung	115
E.	Unterhaltsansprüche „sonstiger Verwandter“	115
F.	Unterhaltsanspruch der nicht verheirateten Mutter aus Anlass der Geburt eines Kindes	116
I.	Nach geltendem Recht	116
II.	Nach neuem Recht	116
G.	Mangelfall	117
I.	Nach geltendem Recht	117
II.	Nach neuem Recht	117
H.	Verfahrenrechtliches	118
§ 6	Steuerliche Aspekte des Unterhalts	120
A.	Unterhaltsverpflichteter	120
I.	Sonderausgaben	120
1.	Umfang	120
a)	Betrag und Empfänger	120
b)	Art der Leistung	121
c)	Mehrere Empfänger	122
2.	Antrag des Leistenden	122
3.	Zustimmung des Empfängers	122
a)	Grundlagen	122
b)	Nachteilsausgleich	123
c)	Widerruf der Zustimmung	124
d)	Verweigerung der Zustimmung	125
II.	Außergewöhnliche Belastung	125
1.	Außergewöhnliche Belastung alternativ zu Sonderausgaben	125
2.	Abzugsfähiger Höchstbetrag	126
3.	Feststellungslast	126
4.	Unterhalt	126
5.	Zwangsläufigkeit	127
a)	Zwangsläufigkeit dem Grunde nach	127
b)	Zwangsläufigkeit der Höhe nach	128
6.	Zu berücksichtigendes Vermögen des Empfängers	128
7.	Anrechenbare Einkünfte und Bezüge des Empfängers	129
a)	Einkünfte	129
b)	Bezüge	129
8.	Auskunftsverweigerungsrecht des Empfängers	129
9.	Unterhalt bei nicht unbeschränkt steuerpflichtigem Empfänger	130
a)	Kein Sonderausgabenabzug	130
b)	Person des Unterhaltsempfängers	130
c)	Leistungen müssen notwendig und angemessen sein	130
d)	Beweislast	132
10.	Unterhaltsleistungen für mehrere Unterstützte	132
11.	Unterhaltsleistungen durch mehrere Unterstützende	132

	12. Nichteheliche Lebensgemeinschaft	132
	13. Lebenspartnerschaft	132
	B. Unterhaltsempfänger	133
§ 7	Vermögensrecht	134
	A. Vorbemerkungen	134
	B. Güterrecht	134
	I. Zugewinnngemeinschaft (§§ 1363 – 1390 BGB)	134
	1. Beginn und Ende der Zugewinnngemeinschaft	134
	2. Rechte am Vermögen während der Dauer der Zugewinnngemeinschaft	135
	a) Eigentumsverhältnisse	135
	b) Vermögensverwaltung/Verfügungsbeschränkungen	135
	3. Entstehen des Anspruches auf Ausgleich des Zugewinnes	137
	a) Bei Ehescheidung	137
	b) Vorzeitiger Ausgleich des Zugewinns gemäß §§ 1385, 1386 BGB	137
	c) Zugewinnausgleich im Todesfall § 1371 BGB	137
	d) Ehevertrag gemäß § 1408 BGB	137
	4. Berechnung des Anspruches auf Ausgleich des Zugewinns in den Fällen außer bei Tod	138
	a) Grundzüge	138
	b) Berechnung des für den Zugewinnausgleichs maßgeblichen Vermögens	139
	c) Hinzurechnungen	143
	5. Prozessuales	144
	II. Gütertrennung	145
	III. Gütergemeinschaft (§§ 1415 ff. BGB)	146
	C. Vermögensrecht außerhalb des Güterrechtes	146
	I. Vorbemerkungen	146
	II. Miteigentum	147
	III. Gemeinsame Konten und Wertpapierdepots	149
	1. Gemeinsame Konten	149
	2. Einzelkonten	149
	3. Wertpapierdepots	150
	4. Schuldenausgleich	150
	5. Ehegatteninnengesellschaft	151
	6. Treuhand	153
	7. Schenkung und ehebedingte Zuwendung	153
	a) Schenkung	154
	b) Ehebedingte Zuwendungen	155
	8. Zuwendungen durch Eltern und Schwiegereltern	157
	a) Vorbemerkungen	157
	b) Zuwendungen an das eigene Kind	157
	c) Zuwendungen an das Schwiegerkind	157
	d) Rechtsklarheit schaffen	158
	9. Gemeinsam abgeschlossener Mietvertrag	158
	10. Verfahrensrecht	159

§ 8	Steuerliche Auswirkungen des Güterstands	161
	A. Zugewinnngemeinschaft	161
	I. Voraussetzung der Zugewinnngemeinschaft	161
	II. Erbschaft- und Schenkungsteuer	161
	1. Steuerfeststellung der fiktiven Zugewinnausgleichsforderung bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer bei Tod eines Ehegatten	161
	a) Zugewinnausgleichsfreibetrag	161
	b) Berechnung des fiktiven Zugewinnausgleichs	162
	2. Steuerfreiheit des Zugewinnausgleichs in allen anderen Fällen	162
	3. Teilweiser Ausschluss der rückwirkenden Vereinbarung der Zugewinnngemeinschaft	162
	4. „Güterstandsschaukel“	163
	a) Grundlagen	163
	b) Ertragsteuerliche Probleme	164
	5. „Fliegender Zugewinnausgleich“	168
	III. Einkommensteuer	168
	1. Ausgleich durch Geldzahlung	168
	2. Ausgleich durch Übertragung von Betriebsvermögen	168
	a) Aufnahme des Ehegatten in ein Einzelunternehmen	169
	b) Aufnahme des Ehegatten in eine bestehende Personengesellschaft	170
	c) Neugründung einer Personengesellschaft	170
	d) Übertragung eines Teilbetriebes	170
	3. Ausgleich durch Rente oder dauernde Last	171
	a) Leibrente	171
	b) Dauernde Last	171
	IV. Grunderwerbsteuer	172
	V. Gewerbesteuer	172
	VI. Der Einfluss des Steuerrechts auf die Bemessung des Zugewinns	172
	1. Steuerschulden und -forderungen	172
	2. Steuervorauszahlungen	172
	3. Die Bewertung von Betriebsvermögen für den Zugewinn	173
	a) Sonderabschreibungen	173
	b) Latente Steuerlasten	173
	VII. Mitunternehmerschaft im Rahmen der Zugewinnngemeinschaft	174
	B. Die modifizierte Zugewinnngemeinschaft	174
	I. Beschränkung des Zugewinnausgleichs auf den Todesfall	174
	II. Vertragliche Vorgaben zur Berechnung des Zugewinnausgleichs	175
	1. Ansatz des Betriebsvermögens mit Steuerwerten	175
	2. Zugewinnausgleich ohne Betriebsvermögen	175
	a) Grundsatz	175
	b) Angemessener Vermögensausgleich	176
	c) Zugewinnüberhang nach Ausschluss des Betriebsvermögens	176
	C. Gütertrennung	176
	D. Gütergemeinschaft	177
	I. Einkunftserzielung innerhalb der Gütergemeinschaft	177
	II. Mitunternehmerschaft	177

	1. Ein Ehegatte ist Einzelunternehmer	177
	2. Ein Ehegatte ist Mitunternehmer einer Personengesellschaft	177
	III. Die Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft	178
	IV. Einkommensteuerbelastung durch Vereinbarung der Gütergemeinschaft	178
	V. Schenkungsteuer durch Vereinbarung der Gütergemeinschaft	178
	1. Grundlagen	178
	2. Bereicherung	179
	3. Mangelnde Schenkungsabsicht unbeachtlich	179
	E. Die fortgesetzte Gütergemeinschaft	179
§ 9	Die Ehegatten als steuerliche Gesamtschuldner – die Aufteilung der Steuerschuld	180
	A. Grundlagen der Gesamtschuld	180
	B. Ehegatten als Gesamtschuldner	180
	I. Zusammenveranlagung	180
	II. Gesetzlich normierte Fälle der Gesamtschuldnerschaft	180
	III. Gemeinsame Tatbestandsverwirklichung oder Festsetzung	181
	IV. Steuerschuldner und Haftungsschuldner	181
	C. Die Aufteilung der Steuerschuld	181
	I. Voraussetzungen	181
	II. Verfahren	181
	1. Antrag	181
	a) Schriftform	181
	b) Keine Aufteilung von Amts wegen	182
	c) Zulässigkeit des Antrags	182
	d) Zahlungen nach Antragstellung	182
	e) Aufrechnung nach Antragstellung	183
	2. Betrag	183
	3. Aufteilungsmaßstab	183
	a) Vorauszahlungen	184
	b) Änderung und Berichtigung von Steuerfestsetzungen	184
	4. Aufteilungsbescheid	185
	5. Änderung des Aufteilungsbescheids	185
	IV. Rechtsfolge	185
	V. Haftungstatbestand bei Schenkungen	186
§ 10	Ausgleich von Steuerstattungen und Steuerschulden im Rahmen der Trennung	188
	A. Steuerschulden	188
	I. Vertragliche Vereinbarung der Ehegatten	188
	II. Aufteilung in anderen Fällen	189
	1. Relation der Einkünfte	189
	2. Fiktive getrennte Veranlagung	189
	a) Anspruch auf Aufteilung	189
	b) Anspruch auf Nachteilsausgleich	190
	c) Ausnahmeregelung unter Berücksichtigung eines bisherigen Familienunterhalts	190
	3. Aufteilung nach gezahlten Steuern	191

III.	Aufteilung bei nicht vorhandenen oder negativen Einkünften	191
1.	Einkünfte nur eines Ehegatten	191
2.	Negative Einkünfte eines Ehegatten	191
B.	Steuererstattungen	192
I.	Grundsätze	192
II.	Erstattung aufgrund von Vorauszahlungen	193
III.	Erstattung aufgrund von Steuerabzügen	193
IV.	Verlustrücktrag	193
V.	Probleme im Zusammenhang mit der Erstattungszahlung an die Ehegatten	194
§ 11	Versorgungsausgleich	196
A.	Allgemeine Grundsätze	196
B.	Die verschiedenen Ausgleichsarten	198
I.	Gesetzliche Rentenversicherung	198
II.	Beamtenversorgung	198
III.	Betriebliche Altersversorgung	199
1.	Betriebsrente	199
2.	Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes	199
3.	weitere Möglichkeiten zur Übertragung von Anrechten	199
a)	Super-Splitting	199
b)	Beitragsentrichtung	200
c)	Schuldrechtlicher Versorgungsausgleich	200
IV.	Ausschluss des Versorgungsausgleichs	200
1.	Durch Vereinbarung	200
2.	Unwirtschaftlichkeit des Versorgungsausgleichs	201
3.	Grobe Unbilligkeit	201
V.	Änderungen nach Durchführung des Versorgungsausgleichs	202
1.	Unterhaltsprivileg nach § 5 VAHRG	202
2.	Heimfallprivileg § 4 VAHRG	203
3.	Abänderung wegen geänderter Grundlagen gemäß § 10 a VAHRG	203
4.	Rentner – und Pensionistenprivileg	204
VI.	Verfahrensrechtliches	204
§ 12	Steuerliche Aspekte des Versorgungsausgleichs	206
A.	Fallkonstellationen	206
I.	Rentensplitting	206
1.	Übertragung der Rentenanwartschaft	206
2.	Wiederauffüllung des Rentenkontos beim Übertragenden	206
II.	Erwerb von Rentenanwartschaften zugunsten des Berechtigten	207
III.	Versorgungsausgleich durch Abfindung	207
IV.	Verrentung des Versorgungsausgleichs	207
V.	Abtretung von Rentenansprüchen	208
VI.	Erwerb neuer Anwartschaften	208
VII.	Quasi-Splitting	209
B.	Versorgungsausgleich als außergewöhnliche Belastung	209
C.	Versorgungsausgleich im Rahmen der Lebenspartnerschaft	209

§ 13	Regelungen für Ehewohnung, Hausrat und persönliche Sachen	210
	A. Allgemeines	210
	B. Ehewohnung	210
	1. Allgemeines	210
	2. Verbotene Eigenmacht	210
	3. Vorläufige Regelungen über die Trennungszeit gemäß § 1361 b BGB	211
	a) Zuweisungsgründe	211
	b) Nutzungsvergütung	212
	c) Verfahrensrechtliches	213
	4. Endgültige Regelungen für die Zeit nach Scheidung	
	gem. §§ 1,3 HausratV	213
	a) Allgemeines	213
	b) gemietete Ehewohnung	213
	c) Ehewohnung im Eigentum oder aufgrund dinglicher Rechte	214
	d) Verfahrensrechtliches	214
	5. Gewaltschutzgesetz	215
	a) Anwendungsvoraussetzungen	215
	b) Mögliche gerichtliche Maßnahmen	216
	c) Verfahrensrechtliches	217
	C. Hausrat	217
	I. Allgemeines	217
	II. Vorläufige Regelungen während des Getrenntlebens	218
	III. Endgültige Regelungen nach Ehescheidung	218
	1. Gemeinsames Eigentum beider Ehegatten	218
	2. Alleineigentum	219
	IV. Verfahrensrechtliches	219
	D. Persönliche Sachen	219
§ 14	Vereinbarungen unter Eheleuten	220
	A. Grundsätzliches	220
	I. Vorbemerkungen	220
	II. Gerichtliche Inhaltskontrolle	220
	1. Allgemeines – BGH- Entscheidung vom 11.02.2004	220
	2. Rechtsfolgen: Nichtigkeit oder Anpassung?	222
	a) Nichtigkeit gemäß § 138 BGB	222
	b) Anpassung gemäß § 242 BGB	222
	B. Regelungsmöglichkeiten für einzelne Punkte nach geltendem Recht	223
	I. Kindesunterhalt	223
	II. Ehegattenunterhalt	224
	III. Güterrecht	226
	1. Gütertrennung	226
	2. Zugewinnausgleich	227
	IV. Versorgungsausgleich	228
§ 15	Die Eingetragene Lebenspartnerschaft	230
	A. Vorbemerkungen	230

	B. Die einzelnen gesetzlichen Tatbestände	231
	I. Begründung der Lebenspartnerschaft (§ 1 LPartG)	231
	II. Lebenspartnerschaftsname (§ 3 LPartG)	231
	III. Aufhebung der Lebenspartnerschaft gemäß § 15 LPartG	231
	IV. Unterhalt	231
	1. Lebenspartnerschaftsunterhalt gemäß § 5 LPartG (Unterhalt während des Bestehens der Lebenspartnerschaft und des Zusammenlebens der Lebenspartner)	231
	2. Unterhalt bei Getrenntleben gemäß § 12 LPartG	232
	3. Unterhalt nach Aufhebung der Lebenspartnerschaft gemäß § 16 LPartG	232
	V. Güterstand gemäß § 6 LPartG	232
	VI. Versorgungsausgleich gemäß § 20 LPartG	232
	VII. Rechte an Hausrat und Wohnung gemäß §§ 13, 14 LPartG bei Getrenntleben und §§ 17–19 LPartG nach Aufhebung der Lebenspartnerschaft	233
	VIII. Übergangsvorschrift gemäß § 21 LPartG	233
§ 16	Eheähnliche (nichteheliche) Lebensgemeinschaft	235
	A. Allgemeines	235
	B. Einzelheiten	235
	I. Unterhalt	235
	II. Vermögen	236
	III. Verbindlichkeiten	237
	IV. Gemeinsame Kinder	238
	V. Hausrat	239
	VI. Partnerschaftsverträge	239
§ 17	Steuerliche Aspekte der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	240
	A. Die Angehörigeneigenschaft	240
	I. Steuerlich relevante grundrechtliche Erwägungen	240
	II. Keine Privilegierung für Erbschaft- und Schenkungsteuer	240
	III. Verlöbnis	240
	B. Einkommensteuertarif	241
	C. Steuerliche Anerkennung von Verträgen zwischen den Partnern einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft	241
	I. Mietverträge	241
	II. Haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse und Dienstleistungen	242
	III. Haushaltshilfe	242
	IV. Kinderbetreuungskosten	242
	V. Mitunternehmerschaft	243
	D. Unterhaltsleistungen	243
	E. Doppelte Haushaltsführung	243
	F. Kinder	243
§ 18	Verträge zwischen nahen Angehörigen	244
	A. Steuerliche Anerkennung	244

B.	Angehörige im Sinne der Rechtsprechung	244
I.	Angehörigenbegriff	244
II.	Nichteheliche Lebensgemeinschaft	244
III.	Getrennt lebende und geschiedene Ehegatten	245
IV.	Sonstige Angehörige	245
C.	Steuervorteil	245
D.	Fremdvergleich	245
E.	Scheingeschäfte und Gestaltungsmissbrauch	246
F.	Einzelne Fallgestaltungen	246
I.	Verträge mit Minderjährigen	246
II.	Arbeitsverträge	247
III.	Mietverträge	249
1.	Verbilligte Überlassung von Wohnraum	249
2.	Vermietung an Unterhaltsberechtigte	250
3.	Vermietung innerhalb einer familiären Haushaltsgemeinschaft	250
4.	Doppelte Haushaltsführung	251
5.	Grundstücksübertragungen zwischen nahen Angehörigen	251
a)	Stuttgarter Modell	251
b)	Umsatzsteuerliche Problematiken	251
6.	Wechselseitige Vermietung	252
IV.	Zuwendungsnißbrauch an Minderjährige	252
V.	Darlehensverträge	252
VI.	Kaufverträge	253
VII.	Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften	253
VIII.	Familiengesellschaften	253
1.	Grundlagen	253
2.	Steuerrechtlicher Hintergrund	254
3.	Anforderungen an den Gesellschaftsvertrag	254
4.	Formvorschriften	255
5.	Tatsächliche Durchführung	255
6.	Angemessene Gewinnverteilung	256
IX.	Checkliste: Verträge zwischen nahen Angehörigen	256
§ 19	Auskunftsverweigerungsrecht der Angehörigen	257
A.	Besteuerungsverfahren	257
1.	Belehrung	257
2.	Folgen unterlassener Belehrung	257
3.	Folgen wirksamer Auskunftsverweigerung	258
4.	Rechtsmittel	258
B.	Steuerstrafverfahren	258
1.	Grundlagen	258
2.	Belehrung	258
3.	Glaubhaftmachung einer Belastungstendenz	258
§ 20	Internationales Privatrecht (IPR)	260
A.	Allgemeines	260

B. Örtliche Zuständigkeit des deutschen Gerichtes	261
C. IPR für die wichtigsten familienrechtlichen Bereiche	262
I. Familienstatut (Artikel 14 EGBGB Allgemeine Ehwirkungen)	262
II. Güterrechtsstatut (Artikel 15 EGBGB Güterstand)	262
III. Scheidungsstatut (Artikel 17 Abs. 1 EGBGB Scheidung)	263
IV. Artikel 17 Abs. 3 EGBGB Versorgungsausgleich	263
V. Unterhaltsstatut (Artikel 18 EGBGB Unterhalt)	263
§ 21 Mediation	265
§ 22 Anhang	267
Stichwortverzeichnis	269